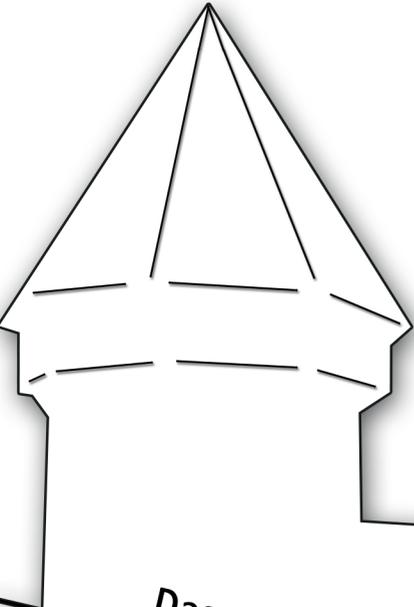


Impuls

Eine Zeitenwende -
Diplomatie am Ende?



Das offizielle Infoheft der Jungen Mitte Kanton Luzern

Inhalt

Editorial	3
Gesicht der Jungen Mitte Kanton Luzern	
Tim Kiser	4
Eidgenössische Abstimmungen	
Änderung des Transplantationsgesetzes - Ein wichtiger Schritt, um Menschenleben zu retten	5
Bundesbeschluss betreffend Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Ja zu Frontex!	7
Die Junge Mitte Kanton Luzern	
Der Countdown läuft! Gesamterneuerungswahlen des Luzerner Kantons- und Regierungsrat 2023	8
Gastkolumne von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter «Zeitenwende» in der Schweizer Aussenpolitik	9
Patronatskomitee	11
Impressum	11

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Als ich mit der Planung für die kommende Ausgabe anfang, wollte ich den Fokus auf die kommende Abstimmungen legen. Allerdings ist dann ein Ereignis passiert, welche wenige von uns erwartet hätten, ja sogar die Welt. Der Krieg gegen die Ukraine, befohlen von Vladimir Putin. Mit zügigem Tempo erliessen die EU-Staaten Sanktionen gegen Russland. Besonders beeindruckt war ich dabei von der Rede, die Olaf Scholz vor dem Bundestag hielt, eine Rede, die mich nachdenklich werden liess. So sagte er doch: «Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.» So titelte manche Zeitung, dass dieser Satz in die Geschichte eingehen wird und so war für mich der Fokus für die kommende Ausgabe gefunden, Sicherheit.

Wie also soll die geopolitische Ordnung in naher Zukunft aussehen und wie soll sich die Schweiz ausrichten? Soll etwa das Armeebudget erhöht werden, wie manche PolitikerInnen aus Bern fordern? Oder soll die Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache beendet werden? Mit Hilfe dieser Ausgabe erhoffe ich mir, dass wir Antworten finden und uns eigenständige Gedanken darüber machen.

Denn eines hat dieser Krieg gezeigt, die Schweizer Neutralität und deren politischen Nutzen gerät immer mehr ins Wanken und lässt sich nur noch bedingt erklären, wenn überhaupt. So hat Schweden Waffen in die Ukraine geliefert und sich teilweise vom Neutralitätsprinzip verabschiedet. Ein Schritt, denn die Schweiz auch vollziehen sollte?



Gilles Ineichen, Redaktionsleiter

Einige würden ja sagen und die anderen nein.

Neben diesem Fokus werden natürlich auch wieder die kommenden Abstimmungen behandelt. So der Bundesbeschluss betreffend Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands), Änderung des Filmgesetzes und die Änderung des Transplantationsgesetzes. Neben der Abstimmung freue ich mich sehr, dass unser Präsident, Luca Boog, ein Vorwort bezüglich den Gesamterneuerungswahlen des Luzerner Kantons- und Regierungsrat 2023. Wir dürfen also gespannt sein.

Zuletzt wird Elisabeth Schneider-Schneiter noch einen Einblick geben, wie sich die Schweiz zukünftig aussenpolitisch verhalten soll. Sie ist Mitglied der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates und Mitglied der EU-Delegation.

Ich wünsche euch viel Spass beim Lesen!

Gilles Ineichen

Gesicht der Jungen Mitte

Tim Kiser

Zu meiner Person

Ich bin 27 Jahre alt, seit kurzem verheiratet und wohne seit letztem Juni in der Gemeinde Wauwil. Auf dem zweiten Bildungsweg werde ich in 2 Monaten meine Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Schwyz zum Primarlehrer abschliessen. Parallel zu meinem Studium arbeite ich Teilzeit an einer befristeten Stelle als Lehrperson in der Stadt Zürich.

Wie hast du zur Jungen Mitte gefunden?

Nachdem ich mich in meiner alten Wohngemeinde Triengen an einer Gemeindeversammlung für Windräder im Ortsteil Kulmerau eingesetzt habe, wurde ich vom damaligen CVP-Präsident der Ortspartei Triengen angesprochen, ob ich Lust hätte mich in der CVP zu engagieren. Das eine führte zum anderen und ich erhielt immer mehr Lust am Politisieren und so wurde ich dann auch Mitglied der JCVP respektive der Jungen Mitte.

Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen und wo liegen deine Schwerpunkte?

Das Thema Bildung liegt mir natürlich sehr am Herzen. Unter anderem ist die Bereitstellung der digitalen Infrastruktur und die dazugehörige Ausbildung der Lehrpersonen ein zentraler Aspekt, der in den Luzerner Schulen meiner Meinung nach noch Nachholbedarf hat. Ähnlich verhält es sich mit dem Thema der politischen Bildung, welches im



Tim Kiser

Schulalltag zu kurz kommt. Leider beobachte ich auch, dass das Thema Bildung vielfach sehr «stiefmütterlich» behandelt wird und die Aufgaben in diesem Bereich von vielen Politikern als nicht sehr attraktiv angesehen werden. Hier würde ich mir wünschen, dass unsere kommunalen und kantonalen Vertreter aus der Mitte sich vermehrt in diesem Feld engagieren würden.

Weiter ist für mich wichtig, dass wir jedem Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft möglichst viele Freiheiten lassen und die Innovation und Eigenverantwortung nicht mit unnötigen Gesetzen und Regularien zurückbinden. Die sozialen Sicherungssysteme sollen nachhaltig reformiert werden, so dass eine Generationengerechtigkeit herrscht und die Sozialwerke auch künftig erhalten bleiben. Ähnlich verhält es sich mit

der Finanz- und Umweltpolitik. Auch da sollen Schulden respektive Umweltsünden nicht einfach den künftigen Generationen übertragen werden, sondern schon heute gelöst und angegangen werden.

Für all diese Themen stehe ich und möchte mich auch künftig in der Jungen Mitte einsetzen und engagieren.

Welches Potenzial siehst du für die Junge Mitte Wahlkreis Willisau?

Die Junge Mitte Wahlkreis Willisau hat, aus meiner Sicht, das Potenzial für mindestens

einen Kantonsratsssitz.

Wie kann dieses Potenzial angepackt werden?

Dafür müssen wir zum einen bis zu den Wahlen, und natürlich darüber hinaus, in den Gemeinden und im ganzen Wahlkreis mittels Leserbriefen, Standaktionen oder politischen Vorstössen sichtbar und überaus aktiv sein und zum anderen unsere Werte vertreten und Ecken und Kanten zeigen. Ich bin sehr motiviert mitzuhelfen, dieses Potenzial auszus schöpfen.

Änderung des Transplantationsgesetzes - Ein wichtiger Schritt, um Menschenleben zu retten

Von Raymond Hurschler

Der Bundesrat möchte mit einer Änderung des Transplantationsgesetzes, hin zu einer erweiterten Widerspruchslösung, die Chance der Patientinnen und Patienten erhöhen, ein oft lebensrettendes Organ zu erhalten. Dies soll mittels eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Organspende fördern-Leben retten» geschehen, welche eine generelle Widerspruchslösung einführen wollte.

In der Schweiz haben in den vergangenen fünf Jahren jährlich jeweils 450 Personen ein oder auch mehrere Organe aus der Spende einer verstorbenen Person erhalten. Über 1400 Personen stehen auf der Warteliste für

ein Spenderorgan. Der Bedarf an Organen übersteigt die verfügbare Anzahl, wodurch jedes Jahr Menschen versterben, weil sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan erhalten. Am 25.11.2020 wurde die Volksinitiative «Organspende fördern-Leben retten» eingereicht, die genau diese Problem angehen wollte, indem eine Widerspruchslösung eingeführt werden sollte, welche die heutige Zustimmungslösung ersetzen sollte. Bei der Zustimmungslösung muss für die Entnahme von Organen einer verstorbenen Person eine zu Lebzeiten erfolgte Einwilligung vorliegen. Eine fehlende Einwilligung wird als Ablehnung gewertet. Bei der Widerspruchslösung wird dieses Prinzip umgekehrt. Eine fehlende Ablehnung der Organspende zu Lebzeiten wird als Einwilligung gezählt. Dem Bundesrat ging diese generelle Umkehrung zu weit, weshalb er den indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet hat, der die erweiterte Widerspruchslösung als Kompromiss enthält. Dabei

wird, wie bei der Widerspruchslösung, davon ausgegangen dass eine fehlende Ablehnung der Organspende eine Zustimmung bedeutet, aber die Angehörigen erhalten die Möglichkeit zu widersprechen, falls sie wissen oder vermuten, dass die verstorbene Person nicht in eine Spende eingewilligt hätte. In diesem Fall wird von einer Spende der Organe abgesehen. Sowohl National- als auch Ständerat haben diesem Gegenvorschlag zugestimmt.

Die Argumente des Nein Komitees zu dieser Änderung sind die folgenden:

- Eine Organspende sei ein schwerwiegender Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und dürfe daher nur mit expliziter Zustimmung erfolgen. Ein blosses Schweigen könne hier nicht genügen.
- Die Angehörigen seien gar nicht in der Lage zu widersprechen, da sie durch den oft plötzlichen Tod unter Schock und Trauer stünden und daher nicht mit klarem Verstand in kurzer Zeit entscheiden können.
- Ein explizites nein könne als unsolidarisches Verhalten angekreidet werden, was Druck auf die Angehörigen ausübt.
- Es sei nicht realistischweise möglich, sämtliche Einwohner zu informieren und auf die Möglichkeit zur Ablehnung hinzuweisen.
- Es würde ein Zwang eingeführt, sich mit diesem Thema zu befassen.

Die Befürworter der Widerspruchslösung argumentieren:

- Das System zur Organspende in der Schweiz brauche dringend eine Reform,

die Wartelisten sind lang und Personen versterben unnötigerweise aufgrund zu weniger Spenderorganen.

- Es bestünde in der Schweiz eine hohe Zustimmung zur Organspende, aber nicht genug Personen dokumentieren ihren Willen, was dazu führt, dass die Entscheidung auf die Angehörigen fällt, welche im Schockmoment beim Tod häufig ablehnen, auch wenn der Verstorbene eigentlich für eine Organspende gewesen wäre.
- Es gäbe keine Einführung von Automatismen, jede Person kann ihren Willen dokumentieren und die Angehörigen haben bei der indirekten Widerspruchslösung immer auch noch die Möglichkeit eine Entnahme von Organen zu verhindern.

Ich persönlich bin der Meinung, dass die Einführung einer erweiterten Widerspruchslösung eine gute Änderung ist, die ein wichtiges Problem angeht. Es ist Fakt, dass in der Schweiz jedes Jahr unnötig Menschen versterben, nur weil kein passendes Organ gefunden wurde. Es müssen also wichtige Dinge im Weg stehen, um zu rechtfertigen, dass diesen Personen nicht geholfen werden soll. Sich einmal im Leben für einige wenige Minuten mit dem Thema Organspende zu befassen und je nach dem einen Widerspruch in eine Online-Datenbank einzutragen, ist meiner Ansicht nach nicht zu viel verlangt.

Der Schweizer Staat ist auch durchaus in der Lage, alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und zu informieren. Insbesondere da ohnehin nur Schweizer Bürgerinnen und Bürger betroffen sein werden, welche ja in aller Regel einer der Landessprachen sprechen. Beispielsweise könnte eine Aufklärung

über die Organspende in der Schule, bei einem Nothelferkurs oder bei der Erneuerung von Pass und ID erfolgen. Die Möglichkeiten sind fast unbegrenzt.

Auch das Argument mit dem Druck auf die Angehörigen kann ich nicht wirklich nachvollziehen. Im heutigen System sind diese direkt unter Druck, da oft der Wille des Verstorbenen aufgrund mangelnder Dokumentation unklar ist. Im neuen System kann man davon ausgehen, dass die Person einer Spende zustimmt, da sie es in ihrem gesamten Leben nie für notwendig gehalten hat, sich die Zeit

zu nehmen zu widersprechen. Sollte aber ein rein mündlicher Widerspruch unter Angehörigen der Fall sein, kann eine Spende unkompliziert verhindert werden.

Insgesamt sind für mich die aufgeführten Nachteile einer erweiterten Widerspruchslösung nicht vollumfänglich nachvollziehbar. Das menschliche Leben ist ein hohes Gut und es kann von der Gesellschaft erwartet werden, sich einen Moment Zeit zu nehmen zum Widersprechen, sollte es einer Person wichtig sein, dass ihre Organe nach dem Ableben auf keinen Fall gespendet werden sollen.

Bundesbeschluss betreffend Übernahme der EU- Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Ja zu Frontex!

Von Andrea Gmür

Bei Frontex (Frontières extérieures) geht es um die Sicherung der EU-Aussengrenzen. Die EU rüstet seit 2016 ihren Grenz- und Küstenschutz mit mehr Personal und technischer Ausrüstung auf, damit die «Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)» ihre Aufgaben im Grenz- und Rückkehrbereich besser wahrnehmen kann. Da es sich um eine Schengen-Weiterentwicklung handelt, ist auch die Schweiz an diesem Ausbau beteiligt. Der

finanzielle Beitrag der Schweiz steigt gemäss bisherigem Verteilschlüssel proportional für alle beteiligten Staaten. Dieser wird bis 2027 von ursprünglich 14 Millionen Franken pro Jahr auf rund 61 Millionen Franken pro Jahr erhöht. Zudem soll die Schweiz Frontex mehr Personal zur Verfügung stellen.

Frontex unterstütze ich vorbehaltlos, wird so unsere Sicherheit gewährleistet. Bei einem Nein stünde zudem Schengen auf dem Spiel. Im schlimmsten Fall würden wir den Zugriff auf unzählige Datenbanken und Informationssysteme verlieren, die essenziell sind für die Verbrechens- und Kriminalitätsbekämpfung. Es ist deshalb richtig, dass sich die Schweiz solidarisch zeigt und sich finanziell und mit Personal an diesem System beteiligt.

Ein Ja zu Frontex sichert überdies unsere Reisefreiheit, da uns Schengen eben auch das freie Reisen in ganz Europa ermöglicht. Dank dem Wegfall der Grenzkontrollen profi-

tieren wir alle in pandemiefreien Zeiten ganz persönlich davon. Aber auch für die Schweiz, vor allem aber Stadt und Kanton Luzern als Tourismusdestination ist Schengen enorm wichtig.

Immer wieder in der Kritik stand Frontex wegen sogenannter Pushbacks. Es wurde moniert, dass die Flüchtlinge teils menschenrechtswidrig behandelt würden. Diese Meldungen haben wir sehr ernst genommen. Eine Delegation unserer sicherheitspolitischen Kommission hat sich deshalb vor Ort, in einem Flüchtlingslager in Griechenland, ein Bild gemacht und informieren lassen. Diese Vorwürfe konnten nicht bestätigt werden.

Der Countdown läuft!

Gesamterneuerungswahlen des Luzerner Kantons- und Regierungsrat 2023

von Luca Boog

Es geht kein Jahr mehr bis zu den Gesamterneuerungswahlen des Luzerner Kantons- und Regierungsrat. Bereits bei meinem Amtsantritt, damals noch als JCVP-Präsident im Jahr 2020, habe ich klar gesagt, dass wir bei den Wahlen 2023 mindestens einen Sitz im Luzerner Kantonsrat anstreben. In der Luzerner Legislative wollen wir eine frische, dynamische und progressive Mittepolitik betreiben und unserer Generation eine hörbare Stimme geben. Seit dieser Ansage ist viel Zeit vergangen. Aus der Jungen CVP wurde Die Junge Mitte, zahlreiche Sektionen wurden innerhalb des Kantons gegründet oder aus dem Dornröschenschlaf geweckt. Wir konnten zahlreiche, junge und dynamische Mit-

Mit der Revision von Frontex wird es künftig auch Grundrechtsbeauftragte geben, deren Aufgabe insbesondere darin besteht, sicherzustellen, dass wirklich sämtliche Rechte der Flüchtlinge eingehalten werden. Überhaupt hat die Schweiz bei einer weiteren Teilnahme an Frontex viel eher die Möglichkeit dafür zu sorgen, dass es zu keinen Pushbacks kommt. Ich erwarte von Frontex klar, dass Flüchtlinge ausnahmslos immer korrekt fair und menschenwürdig behandelt werden!

Die Mitte-Fraktion hat sowohl im Ständerat, als auch im Nationalrat Frontex einstimmig zugestimmt. Ich bitte die Junge Mitte Kanton Luzern, ein ebenso überzeugtes Ja zu Frontex in die Urne zu legen!

gliedern mit tollen Ideen und Tatendrang für uns gewinnen, welche nach den Werten: Der Mensch im Fokus, Die Sache im Zentrum und Die Freude als Treiber politisieren. Der Kern unserer Politik und unsere Werte, die sind bei allen Veränderungen gleichgeblieben. Nun sind wir auf der Suche, nach motivierten, jungen Kandidatinnen und Kandidaten, welche gemeinsam mit uns den Kanton Luzern von morgen dynamisch gestalten wollen. Kennen Sie junge Persönlichkeiten, die unsere Politik weitertragen und Teil der Mitte-Familie werden möchten? Dann melden Sie sich bei uns. Denn diesen Schwung, der #AufbruchJungeMitte und die vielen tollen Neumitglieder nehmen wir mit ins Vorwahljahr. Begleiten Sie uns auf diesem Weg? Uns würde es «rüdig» freuen! Denn allein sind wir stark, aber gemeinsam unschlagbar! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

«Zeitenwende» in der Schweizer Aussenpolitik

Von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter

Der Überfall Russlands auf die Ukraine steht für eine bitter-traurige Zeitenwende auf dem europäischen Kontinent. Darüber ist sich der Westen einig wie selten. Die Welt organisiert sich neu. Wo steht die Schweiz in dieser Zeitenwende? Welche Aussenpolitik brauchen wir jetzt?

Pragmatismus und keine Strategie

Die Schweiz trägt solidarisch die Sanktionen gegen Russland mit. Sie hilft den Vertriebenen, den Flüchtlingen aus der Ukraine. Das ist gut so. Das ist unsere humanitäre Tradition. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Der Bundesrat macht, was er kann: pragmatische Politik.

Doch um die aussenpolitische Strategie der Schweiz wird es ungemütlich. Die schwammige Neutralität ist eine Herausforderung. Der für kleine Länder wie die Schweiz so wichtige Multilateralismus ist unter Druck, weil Zusammenarbeit nicht mehr einfach Sicherheit garantiert.

Verdrängt ist das Hauptproblem der Schweiz, die bröckelnden Beziehungen zur EU. Der Termin von Staatssekretärin Livia Leu in Brüssel ist abgesagt worden. Dort hat man Wichtigeres zu tun als «Sondierungsgespräche» mit der Schweiz. zu sondieren, gibt es nichts: Die Probleme sind identifiziert und unverändert. Der Krieg, so zynisch es klingen mag, füllt die entstandene Lücke des seit Jahren unfruchtbaren Diplo-



Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin, die Mitte/BL
matie-Leerlaufs.

Brüsseler Mantra

In Brüssel besteht kein Bedarf an der bundesrätlichen «Parallelwelt» (Bund, 29.3.22). Man antwortet nur noch mantramässig. So der zuständige EU-Vizekommissionspräsident Maros Sefcovic Ende März auf die Frage zur «Wiederbelebung» der Beziehungen zur Schweiz eines österreichischen EU-Parlamentariers. Pflichtschuldig knapp meinte er, die Schweiz müsse einfach die offenen vier Punkte klären: Dynamische Angleichung ans EU-Recht, gleiche Wettbewerbsbedingungen, einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus, regelmässige Zahlungen an die EU-Kohäsionspolitik.

Netzwerk und Neutralität

Während die Zeitenwende in verschiedenen Ländern verschiedene politische Kurswechsel bringt – Frankreich: Atomenergie bleibt und wird ausgebaut; Deutschland: Grüne Minister organisieren Waffenlieferungen oder betteln bei den Scheichs um Gas – bleibt in der Schweiz alles stabil. Aussenpolitik

tk wird hier weiterhin als Fortsetzung der Vergangenheit gesehen. Der Krieg aber hat neue Realitäten geschaffen.

Dafür ist die Schweiz nicht parat. Sie hat kein robustes Netzwerk, mit dem international schweizerische Interessenpolitik gemacht werden kann. Die Schweiz ist – mit Ausnahme der UNO und der OECD – in keinem relevanten wirtschafts- und machtpolitischen Netzwerk dabei. Nicht bei der EU, nicht bei den G20, nicht bei den G7, nicht bei der Nato. Das Freihandelsabkommen mit China brachte mehr Prestige als tatsächlichen Nutzen. Die EU und die USA kündigten eine Energiepartnerschaft am 25. März 2022 an, nur ein Tag nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Schweiz sondiert seit Jahren erfolglos ein Stromabkommen mit der EU. Und Genf ist seit längerer Zeit nicht mehr erste Adresse für helvetische, gute Dienste. Unsere Aussenpolitik erodiert.

Kommt hinzu, dass der Nutzen der Neutralität politisch nicht mehr verständlich beschrieben werden kann. Die übrigen Länder, die sie anerkennen und unterstützen sollten, verstehen (und wollen) sie nicht mehr verstehen. Sie definieren die schweizerische Neutralität als Trittbrettfahren und als Methode für Profit mit allen Seiten.

Wohlstandsmotor EU-Binnenmarkt

Die aussenpolitischen Hausaufgaben haben der Bundesrat und die zuständigen Departemente nur ungenügend gemacht. Das zeigt der Ukraine-Krieg glasklar. Darüber zu lamentieren, bringt nichts. Jetzt muss die Regierung rasch aufzeigen, wie sie die erfolgreichen und existenziellen Bilateralen Verträge mit der EU retten und die Beziehungen zu

unserem wichtigsten Partner neu verlässlich gestalten will.

Die Zukunft unserer Wirtschaft liegt zum aller allergrössten Teil auf unserem europäischen Kontinent. Der europäische Binnenmarkt ist der Wohlstandsmotor der Schweiz. Wir müssen das Verhältnis zur EU bald auf die Reihe bekommen, sonst werden wir das massiv zu spüren bekommen.

Aktive Sicherheitsaussenpolitik

Dem neutralen Schweizer Wirtschafts- und Wohlstandsmodell – soll es weiterhin relevant und respektiert sein – steht eine staatspolitische Grossaufgabe bevor: Unsere Landesinteressen, unsere Werte, unsere Neutralität und unsere militärische Sicherheit sind neu zu justieren. Zu unserem Selbstschutz ist die Armee gezielt auszubauen und mit Augenmass an die europäische Sicherheitsarchitektur anzudocken.

Die Schweiz muss eine aktive Sicherheitsaussenpolitik entwickeln. In einer multipolaren Welt mit drei konkurrierenden Regionen – Westen (Nordamerika, Europa), China und Russland – ist die Priorität für den Kleinstaat Schweiz klar: Sie liegt in der besseren Zusammenarbeit mit der EU und – wo verantwortlich – mit der NATO.

Ein geklärtes Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU verschafft uns wieder Respekt in Europa, sichert uns wirtschaftliche Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Dabei bleibt klar: Aussenpolitik in all ihren Facetten ist und bleibt auch Innenpolitik. Darum ist sie Chefsache. Chef ist und bleibt das abstimmende Volk. Der Bundesrat ist der Unterhändler.

Patronatskomitee

Christian Blunsch, Einwohnerrat, Emmenbrücke
Markus Dürr, alt Regierungsrat, Malters
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Altishofen
Kathrin Graber, alt Einwohnerrätin, Kriens
Konrad Graber, alt Ständerat, Kriens
Guido Graf, Regierungsrat, Pfaffnau
Reto Wyss, Regierungsrat, Rothenburg
Marcel Hurschler, alt JCVP-Kantonsrat, Sempach
Pirmin Jung, ehem. Präsident CVP Luzern, Eschenbach
Luzia Kurmann, Buchs
Christoph Lengwiler, alt Kantonsrat, Kriens
Ruedi Lustenberger, alt Nationalrat, Romoos
Urs Marti, Kantonsrat, Zell
Erna Müller-Kleeb, alt Kantonsrätin, Rickenbach
Dani Piazza, Kantonsrat, Malters
Marlis Roos Willi, Kantonsrätin, Geiss
Martin Schwegler, ehem. Parteipräsident CVP Luzern, Menznau
Anton Schwingruber, alt Regierungsrat, Werthenstein
Xaver Vogel, Menzberg
Franz Wicki, alt Ständerat, Grosswangen
Franz Wüest, alt Kantonsrat, Ettiswil
Pius Zängerle, alt Kantonsrat, Adligenswil

Impressum

Auflage 1630 Exemplare

Redaktionsleitung Gilles Ineichen, Reiderstrasse 7, 4806 Wikon, jcvp-jmpuls@gmx.ch

Layout Esther Unternährer-Hagmann, esther_hagmann@hotmail.com

Präsident der Jungen Mitte Kanton Luzern Luca Boog, Eichenstrasse 1, 6222 Gunzwil, luca.boog@diejungemitte.ch

Der «Jmpuls» erscheint viermal jährlich zuhanden der Abonnenten, der Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern sowie der Spender des «Jmpuls» und der Junge Mitte Kanton Luzern.

Die Abonnementskosten betragen jährlich 10 Franken. Für Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern ist der Jmpuls kostenlos.

Verlegerin ist die Junge Mitte Kanton Luzern.

	AZB
	6110 Wolhusen
	Keine Adressberechtigungen